



Schleswig-Holstein
Flensburg · Kiel · Lübeck

IHK Schleswig-Holstein | 24100 Kiel

Herrn Christopher Vogt
Vorsitzender des
Wirtschaftsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3512

**Federführung
Industrie, Umwelt und Rohstoffe**

Ihr Ansprechpartner

Dr. Martin Kruse

E-Mail

kruse@kiel.ihk.de

Telefon

(0431) 5194-297

Fax

(0431) 5194-597

22.10.2014

Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/1964

Sehr geehrter Herr Vogt,

zunächst vielen Dank, dass Sie uns die Möglichkeit geben – im Rahmen der Beratungen des Wirtschaftsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages – zum Antrag der FDP-Fraktion „Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten“ eine Stellungnahme abzugeben.

Die Industrie ist in der Tat der wichtigste Arbeit- und Auftraggeber für die Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein. Dennoch fehlt unserer Auffassung nach – trotz der außerordentlich hohen Bedeutung der Industrie – eine aktive Politik zur Verbesserung der Standortbedingungen für das verarbeitende Gewerbe in Schleswig-Holstein. Wie notwendig eine derartige Politik für unser Land ist, illustrieren nachfolgende Zahlen:

So ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung des Landes in Schleswig-Holstein von 16,6 Prozent im Jahr 2008 auf nur noch 14,5 Prozent im Jahr 2013 zurückgegangen. In Deutschland fiel im Vergleichszeitraum der Rückgang von 22,2 auf 21,8 Prozent dagegen deutlich moderater aus. Zudem ging die Anzahl der Betriebe (mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen) im verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins im Zeitraum von 2008 bis 2013 von 1.275 auf 1.227 zurück, was einem Minus von 3,8 Prozent entspricht. Auf Bundesebene gab es in diesem Zeitraum einen Rückgang um lediglich 0,5 Prozent.

Die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ungünstige Industrieentwicklung im nördlichsten Bundesland wird noch untermauert durch die Betrachtung der im verarbeitenden Gewerbe tätigen Personen. Hier sank die Zahl in Schleswig-Holstein von 127.238 im Jahr 2008 auf 122.658 im Jahr 2013 (minus 3,6 Prozent). Demgegenüber war auf Bundesebene sogar ein minimales Plus (plus 0,03 Prozent) zu verzeichnen. Die Wettbewerbsnachteile des Industriestandortes Schleswig-Holstein spiegeln sich in diesen Zahlen eindeutig wieder. Ein weiterer Beleg für die relative Wettbewerbschwäche des schleswig-holsteinischen verarbeitenden Gewerbes ist seine dauerhaft unter dem Bundesdurchschnitt liegende Exportquote. Sie lag in Schleswig-Holstein im Jahr 2012 bei 40,1 Prozent. Im Bundesdurchschnitt dagegen bei 45,8

Prozent. Dies kann die offensichtliche Schwäche des hiesigen verarbeitenden Gewerbes aber nur zum Teil erklären.

Die IHK Schleswig-Holstein unterstützt daher den Antrag der Fraktion der FDP zur Erarbeitung eines industriepolitischen Konzeptes für eine starke Industrie in Schleswig-Holstein, denn unserer Beobachtung nach pflegen weite Teile der Politik Visionen einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft. Wichtig ist uns, dass dieses Konzept klare Positionen zu den nachfolgenden Rahmenbedingungen für die Industrie enthält:

1. Leistungsfähiger Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Als peripher gelegenes Bundesland braucht gerade Schleswig-Holstein für seine Industrieunternehmen eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Zudem ist Schleswig-Holstein mit seinen Seehäfen eine Brücke zur dynamischen Ostseeregion. Ein vom internationalen Handel abhängiges Land wie Deutschland braucht starke Häfen und leistungsfähige Hinterlandverbindungen, von denen dann auch das Produzierende Gewerbe profitiert.

2. Gewerbeflächen für die Industrie vorhalten

Industrie braucht eine angebotsorientierte und dauerhaft verlässliche Gewerbeflächenpolitik. Dies gilt insbesondere für Oberzentren, in denen Industrieflächen ebenso begrenzt wie begehrt sind. Um sowohl gegenüber bestehenden als auch ansiedlungsinteressierten Unternehmen als attraktiver Standort zu bestehen, ist eine ausreichende Zahl an Gewerbeflächenreserven, die auch Bedarfe von großindustriellen Ansiedlungen gerecht werden, erforderlich.

3. Verbesserung der Vernetzung von Industrie- u. Forschungseinrichtungen

Eine funktionierende Wissenschaftsinfrastruktur ist ein ausschlaggebendes Entscheidungskriterium für die Ansiedlung von Industrieunternehmen. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen können durch Technologietransfer Innovationen des verarbeitenden Gewerbes aktiv unterstützen. Vor diesem Hintergrund müssen Forschung und Lehre mehr als bisher bedarfs-, praxis- und anwendungsorientiert ausgerichtet sein. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollten Forschung und Entwicklung im Sinne der Technologie- und Innovationsbedürfnisse des Produzierenden Gewerbes gewährleisten. Leistungsfähige Wissenstransferinstitutionen können dafür sorgen, dass der Informationsaustausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft reibungslos funktioniert. Zudem hat gerade die Industrie im technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich hohe Ansprüche an Fachkräftenachwuchs. Hier gibt es an Hochschulen Schleswig-Holsteins zum Teil noch Nachholbedarf. Akademische und nichtakademische Ausbildungsangebote tragen wesentlich zur Erhöhung der Attraktivität Schleswig-Holsteins als Industriestandort bei.

4. Genehmigungs- und Planungszeiten beschleunigen

Industrieunternehmen planen langfristig und benötigen kalkulierbare verlässliche Rahmenbedingungen. Bei gewerblichen Großanlagen und beim Ausbau der Infrastruktur ist die Industrie aufgrund der umfangreichen Dimensionen der Projekte auf kürzere und verlässliche Genehmigungs- und Planungszeiten angewiesen. Gleiches gilt auch für die Ersatz-, Erweiterungs- und Neuinvestitionen kleiner und mittelständischer Unternehmen.

5. Entbürokratisierungs- und Verfahrensverschlinkung neu beleben

Industrielle Großprojekte und Unternehmen sind einem Übermaß an Gesetzen, Vorschriften und Auflagen ausgesetzt. Notwendige und flexibel umzusetzende Investitionsvorhaben werden hierdurch eingeengt oder sogar verhindert.

6. Sicherung wettbewerbsfähiger Energieversorgung

Energie ist für die Industrie als Kostenfaktor von großer Bedeutung. Steigende Energiepreise bedrohen in zunehmendem Maße die Wettbewerbs- und damit Zukunftsfähigkeit

der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Gleichzeitig stellen der Klimawandel und die begrenzte Verfügbarkeit der fossilen Energieträger besondere Herausforderungen für eine zukünftige Energiepolitik dar. Die Industrie braucht eine Energiepolitik die ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht belastet und zugleich sicher, bezahlbar sowie umwelt- und klimaverträglich ist.

7. Deregulierung bei Umweltauflagen

Freiwilligkeit und Eigenverantwortung sind die unverzichtbaren Antriebskräfte für eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes. Die Umweltpolitik muss daher von dem Ziel bestimmt sein, den freiwilligen Umweltschutz der Wirtschaft zu unterstützen. Die Selbststeuerungskräfte der Wirtschaft dürfen nicht durch ein ausuferndes Ordnungsrecht erstickt werden. Es bedarf daher insbesondere einer Entschlackung des unübersichtlichen Umweltrechts und verbesserter Anrechnungsmöglichkeiten freiwillig erbrachter und zertifizierter Leistungen für Genehmigungs- und Kontrollvorschriften.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Martin Kruse